SACHGERECHT

Bericht aus dem Senat vom 13. 1. 1969

"Zu den Sitzungen der Kollegialorgane, sonstige Gremien und Ausschüsse können auch Personen hinzugezogen werden, die dem Gremium nicht als Mitglieder angehören. Die zugezogenen Personen haben, soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, kein Stimmrecht." (§ 105, Hochschulsatzung)

Da die Öffentlichkeit der Hochschulgremien durch Bestimmungen der Hochschulsatzung formal ausgeschlossen ist, bat der ASiA den Rektor in der Senatsvorbesprechung am Montagvormittag, den oben zitierten Gästeparagraphen der Hochschulsatzung zu praktizieren, um es interessierten Studenten zu ermöglichen, an der Senats-sitzung teilzunehmen. Auf der Sitzung wurden die Strafanträge des Rektors gegen Teilnehmer des go-ins vom 20.12.68, die Erklärungen des Rektorats über die Einführung eines Kurzstudiums (Zwangsexmatrikulation), Bestimmungen des Kultusministers über die Regelung von Zulassungsbeschränkungen, der Bericht des Godesbergausschusses, die Sitzung des Großen Senates am 22. 1. 1969 u.a. behandelt.

Da die Satzung offen lässt, wer die Gäste zu den Sitzungen hinzuzieht, beantragte der ASiA-Vorsitzende auf dem teach-in vor dem Senatssaal, daß sich alle Interessenten als seine Gäste und Berater betrachten und zusammen mit den Studentenvertretern den Senat betreten sollten, falls dieser es ablehnen sollte, Paragraph 105 von sich aus anzuwenden. Der Antrag von Cobler wurde auf dem teach-in diskutiert und schließlich mit 145 Stimmen gegen 134 Stimmen von den anwesenden Studenten und Assistenten abgelehnt.

Die Studentenvertreter gingen also allein in den Senat; die Teach-in-Teilnehmer warteten auf dessen Entscheidung über die Zuziehung von Gästen.

Bezeichnenderweise wurde im Senat gegen die Praktizierung des Gästeparagraphen nur formal argumentiert:

- a) die Einladungen hätten bereits vor der Sitzung erfolgen müssen, weil das schon immer so gewesen sei; im übrigen sei dieser Paragraph in die Satzung aufgenommen worden, um Sachverständige und nicht jeden zu den Sitzungen hinzuziehen zu können.
- b) Der Saal habe nicht genügend Sitzplätze für die vielen Interessierten;
- c) da Gäste grundsätzlich Rederecht haben, bestünde die Gefahr, daß es zu endlosen Diskussionen käme.

Diese Argumentation erweist sich sehr schnell als vordergründige Schutzbehauptung: zu a) das große Interesse an der Sitzung hätte eine entsprechende Großzügigkeit des Senats erwarten lassen,

zumal dieser immer wieder die sogen. Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden beschwört und an die Alle-in-einem-Boot-These appelliert; außerdem haben bereits mehrere Fakultäten beschlossen, den Gästeparagraphen ohne vorhergehende, schriftliche Einladungen zu handhaben.

Interessanterweise behauptete Prorektor Schultz im Senat, daß die studentische Interpretation eine Pervertierung der Absicht des § 105 bedeute; derselbe Prorektor Schultz hatte zu dem selben § 105 im Godesberg-Ausschuß erklärt, daß diese Bestimmung in der heutigen Situation großzügig auszulegen sei.

zu b) die Studentenvertreter betonten, daß die Gäste auch auf dem Fußboden Platz nehmen könnten; für Studenten sei dies die gewohnte und alltägliche Arbeitssituation in den Hörsälen.

zu c) die Erteilung von Wortmeldungen sei Angelegenheit des Vorsitzenden des Senats (Rektor). Er habe es in der Hand, die Diskussion zu strukturieren.

Da die Mehrheit der Senatsmitglieder auf diese Entgegnungen der Studentenvertreter nicht zu antworten wusste, zog sie sich auf den Vertraulichkeitsparagraphen der Hochschulsatzung zurück. (§ 10,3). Es sei ja nicht sicher gestellt, so der Rektor, ob die Gäste sich an diese Bestimmung hielten. Erfreut griffen andere Senatsmitglieder diesen Ein-oder besser Vorwand auf. Cobler erklärte, daß die in § 10,3 formulierte Vertraulichkeit der Sitzungen ja sowieso von niemanden mehr ernst genommen würde, nicht zuletzt, da der große Senat bereits im Februar 1968 beschlossen hätte, die Geheimhaltung der Beratung in akademischen Gremien grundsätzlich aufzuheben. Heftige Empörung schlug Cobler entgegen: der Große Senat hätte dies zwar beschlossen, formal sei aber § 10,3 noch immer in Kraft. Sollten die Studentenvertreter diesen § mißachten, so könnten sich einige Senatsmitglieder im Senat nicht mehr äußern. Auf eine entsprechende Frage gaben die Studenten zu Protokoll, daß sie sich nicht an die Vertraulichkeit der Beratungen und Beschlüsse hielten, falls dies gegenüber der Studentenschaft politisch notwendig und vertretbar sei. Nicht nur das Parlament, sondern auch die Vollversammlung der Studentenschaft vom Februar 1968 habe § 10,3 abgelehnt.

Prorektor Schultz erklärte daraufhin, er werde prüfen, ob gegen den ASiA eine Rechtsaufsichtsbeschwerde führen solle damit der Kultusminister die Studentenvertreter suspendiere.

Mit diesen und ähnlichen Winkelzügen gelang es dem Senat, die Diskussion soweit auszudehnen, daß immer mehr der vor dem Senat wartenden Studenten und Assistenten nach Hause gingen und schließlich nur noch eine Gruppe von 35 bis 40 Mann übrig blieb.

Der Antrag der Studenten, alle als Gäste in den Saal zu lassen, wurde abgelehnt.

Dekan Ziegler stellte folgenden Alternativantrag:
Als Gäste werden alle Studenten - und Assistentenvertreter der Fakultäten, des Godesberg-Ausschusses und der Kommission Ingenieur-schulwesens hinzugezogen, soweit sie vor dem Senat anwesend seien.

Damit sei die Zahl von vornherein begrenzt, und man sei sicher, daß auch tatsächlich fachkundige Leute in den Senat kämen. Im übrigen seien diese dem Senat bekannt und somit leicht auf den Vertraulichkeitsparagrafen festzulegen.

Von den Studentenvertretern wurde folgendes gegen diesen Antrag vorgebracht:

1. Es ginge der Studentenschaft nicht darum, irgendwelche sowieso schon privilegierte Funktionäre hinzuzuziehen, sondern alle Betroffenen, die sich für die Beratungen interessierten.
2. Die Zahl der vom Antragsteller genannten Personen sei, falls alle diese vor dem Senat anwesend wären, größer, mindestens aber eben so groß wie die Gruppe vor der Tür.
3. Wenn es dem Senat tatsächlich um den Sachverstand ginge, dann hätte er diese Leute ja bereits vor der Sitzung einladen können.
4. Sogen. Sachverständige würden normalerweise hinzugezogen, um etwas zur Sache zu sagen. Dies ließe sich sicherlich nicht mit dem anfangs genannten Einwand der Diskussion vereinbaren; bei den vor der Tür stehenden, angeblich nicht "qua Amt" Sachverständigen seien bestimmt weniger Wortmeldungen zu erwarten.

Der Senat ignorierte diese Argumentation und nahm den Antrag von Dekan Ziegler mit großer Mehrheit an.

Prorektor Schultz teilte das Ergebnis den Wartenden mit; die wenigen anwesenden Funktionäre vor der Tür lehnten es unter Protest ab, der Einladung zu folgen.

Cobler stellte seinen Antrag nochmals im Senat und versicherte, daß es sich um eine einmalige Regelung handeln würde - der Antrag wurde wiederum abgelehnt.

Aus Protest lehnten es die Studentenvertreter ab, an den Abstimmungen des Senats weiterhin teilzunehmen; ausgeklammert an der Antrag auf Rückziehung der Strafanzeige. Sie betonten, ~~xxx~~ bei den in den letzten Abstimmungen zum Ausdruck gekommenen Verhaltensweise des Senats nicht länger hinnehmen zu können, durch ihre Stimmen die Beschlüsse des Senats mitzuverantworten, und diesem dadurch als Alibi zu dienen.

Das Interesse der Studentenschaft gerade an der letzten Sitzung und die bezeichnende Reaktion des Senats verpflichten die Unterzeichner, folgende, für dieses Gremium charakteristische Diskussionsmethoden und -inhalte wiederzugeben:

1. Erlaß des Kultusministers zur Regelung von Zulassungsbeschränkungen im SS 1969 u. WS 1969/70 an den hess. Hochschulen vom 13.12.1968 und Informationspolitik des Rektorats.

Dieser Erlaß traf am 16. Dez. 1968, also 4 Tage vor der vorletzten Senatssitzung vom 20. 12. im Rektorat ein, wurde den Senatsmitgliedern jedoch bis anfangs Januar 1969 vorenthalten. Durch einen Zufall erfuhr der ASiA von diesem Papier am 20. 12.68 durch die Marburger Studentenvertretung und sprach den Rektor kurz vor dem Senat daraufhin an.

Cobler: "Kennen Sie ein mysteriöses Papier des Kultusministers zur Regelung des numerus clausus?"

Brader: "Davon ist mir nichts bekannt."

Und in der letzten Senatsitzung am Montag: Als die Studentenvertreter den Rektor fragten, warum die Senatsmitglieder erst 2 Wochen nach dem Eingang ins Rektorat von diesem Erlaß erfuhren, und nicht schon am 20. Dezember, bekamen sie zur Antwort: "Was hätten Sie denn damit über Weihnachten anfangen können?"

Cobler: "Warum stritten Sie, als ich Sie daraufhin ansprach, am 20. Dez. ab, dieses Papier zu kennen?"

Brader: "Sie sprachen damals von irgendeinem Erlaß zum numerus clausus; dieses Papier regelt aber die Zulassungsbeschränkung."

2. Strafanträge gegen Teilnehmer des go-ins vom 20. Dez. 1968
Der Antrag der Studentenschaft die Strafanzeige zurückzuziehen, zumal der Ruf nach dem Staatsanwalt nicht die Antwort sein könne auf die Forderungen der Studenten, wurde abgelehnt. Unterstützt hatten ihn Dekan Bächer in einem Brief an den Rektor und Dekan Eyferth und die Assistentenvertreter im Senat.

Prorektor Schultz war nicht bereit und in der Lage, die Ursachen des go-ins mitzudiskutieren und bezog sich stur auf die formalen Bestimmungen von Hochschulsatzung und Strafrecht. Dekan Eyferth stellte in Frage, ob der Rektor die Berechtigung habe, Angehörigen dieses Hauses (Hochschule) Hausfriedensbruch vorwerfen zu können, wenn die Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden erst genommen würde.

Ein Dekan bemerkte, daß es unmöglich sei, dem Antrag der Studentenschaft zuzustimmen, nachdem dieser von Cobler vorgetragen und begründet worden war. ("Wir lassen uns doch nicht von Ihnen nachts um 1.30 Uhr lange Predigten halten").

Dekan Eyferth übernahm daraufhin den Antrag, die Strafanzeigen zurückzuziehen, der wie folgt abgestimmt wurde:

Dafür: Bächer, Brinkmann, Cobler, Eyferth, Herold

Dagegen: Brader, Eichhorn, Hosemann, Pahl, Schnell, Wilke.

Enthaltungen: Elias, Klug, Schultz Ziegler.

Persönliche Erklärung von Schultz: Er habe sich nur enthalten, weil er an der Einleitung der Strafanträgen beteiligt sei, wozu der Senat sich ja äußern sollte.

Der verantwortliche Rektor und Hausherr der Hochschule hatte anscheinend, wie die Abstimmung zeigt, und die Studentenschaft bereits andeutete, nichts mit der Sache zu tun.

Abgesang

Wieder einmal haben wir vergeblich auf ein Zeichen der Reformwilligkeit des Senats gehofft und auf die Kraft von Argumenten vertraut. Die Stützung hat bewiesen, daß es eine Fehleinschätzung der Situation durch viele der teach-in-Teilnehmer war, diesen Senat weiterhin nach den von den Ordinarien verordneten Spielregeln wirken zu lassen - der "Saalschutz" vom Montag hat ein Objekt bewahrt, das des Schutzes in der Tat bedarf.

Gez. Cobler, gez. Herold, gez. Lauterbach - Vorsitzende der Studentenschaft und Mitglieder des Senats

„BEGEISTERUNGS- RUF IN DARMST.“

Ob bei der Sitzung des Großen Senats am vorigen Mittwoch wirklich Jubel bei den anwesenden Studenten herrschte, darüber lässt sich sehr wohl streiten. Nicht jedoch darüber, ob der Anlaß dafür gegeben war. Die Ordinarien haben mit der Öffentlichkeit aller Entscheidungsgremien eine Forderung beschlossen, über die in der Studentenschaft schon längst nicht mehr diskutiert wurde - sie wurde vielmehr hergestellt.

Alle Berichte, die besagen, die Ordinarien hätten bei der Besetzung des (kleinen) Senats progressivere Anträge gestellt als die Studentenschaft, sind glattweg falsch. Die Studentenvertreter hatten ihre Forderung nach fünf Studenten im Senat nur im Zusammenhang mit einem Veto gestellt, das nur von $\frac{3}{4}$ seiner Mitglieder aufgehoben werden kann. Dem Beschluß des Großen Senats zufolge sind nun zwar 3 Studenten mehr im (kleinen) Senat, dafür können aber schon $\frac{2}{3}$ seiner Mitglieder das Veto der Studentenvertreter aufheben. Im übrigen haben es die Hochschullehrer verstanden, ihre Position in der verabschiedeten Senatsbesetzung, die wie ein Riesenzugeständnis an die Studentenschaft aussah, noch um ca. 5% gegenüber dem studentischen Vorschlag zu verbessern - zugunsten von Assistenten und nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern.

Heute wird sich zeigen, ob man uns weiter mit solchen scheinprogressiven Beschlüssen abspeisen will, oder der studentischen Forderung nach Drittelparität im satzunggebenden Gremium (Großer Senat) nachkommen wird. Das wäre in der Tat eine notwendige (noch nicht hinreichende) Bedingung für wirksame Reformen an der Technischen Hochschule Darmstadt. Daß eine solche Beteiligung allerdings durch die vom Direktorium vorgeschlagenen Beschlußfassungsmodalitäten wieder weitgehend gegenstandslos wird, ist inzwischen aufgezeigt. (s. AStA: Materialien zur GS-Sitzung am 22. 1.).

Kommilitonen! Der Kampf um Reformen ist nicht gewonnen, sondern erst begonnen!

HEUTE 17h

Großer Physikhörsaal

Informationsreferat
des AStA der THD